



AKTIONSBÜNDNIS

für ein lebenswertes BERLIN-BRANDENBURG

Pressemitteilung

Volksbegehren für strenges Nachtflugverbot in Schönefeld

BUNDESRAT RÜGT GEPLANTES EU-MITSPRACHERECHT

BÜRGER KÄMPFEN WEITER GEGEN NACHTFLÜGE

Während sich der Bundesrat gegen die geplante EU-Flughafen-Betriebsbeschränkungs-Verordnung zur Wehr setzt, kämpfen die Bürgerinnen und Bürger im Lärm unter den Flugrouten des neuen Hauptstadtflughafens Berlin "Willy Brandt" in Schönefeld weiter um ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Wie der Sprecher des Aktionsbündnisses für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg (ABB), MATTHIAS SCHUBERT, mitteilt, haben dazu heute die Vertreter der Volksinitiative zur Durchsetzung eines strengen Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr beim Präsidenten des Brandenburgischen Landtags, Gunter Fritsch (SPD), die Durchführung eines Volksbegehrens verlangt. Dieses ist erforderlich, weil der Landtag am 16. Dezember 2011 die erste Stufe der von den Bürgerinitiativen eingeleiteten Volksgesetzgebung, die Volksinitiative, mehrheitlich abgelehnt hat. Fast 40.000 Unterschriften waren hierfür in Brandenburg innerhalb kürzester Zeit gesammelt worden. Für die zweite Stufe der Volksgesetzgebung, das Volksbegehren, sind in Brandenburg nun 80.000 Unterschriften in sechs Monaten erforderlich.

Die parallel mit dem Brandenburger Vorstoß in Berlin durchgeführte Volksinitiative ebenfalls mit weit mehr als den 20.000 erforderlichen Unterschriften ist vom dortigen Abgeordnetenhaus noch nicht abschließend behandelt. Wann in Brandenburg der Startschuss für die Unterstützung des Volksbegehrens durch die Bevölkerung fällt, bestimmt sich nach den Vorschriften des Volksabstimmungsgesetzes. Frühestens Mitte April könnten danach die Bürger die amtlichen Eintragungslisten oder – wie bei Briefwahl – Eintragungsscheine unterschreiben.

“Da kommt uns zu Hilfe, dass die öffentliche Diskussion über zwingend erforderliche Betriebsbeschränkungen an den stadtnahen deutschen Flughäfen mit ihrem gesundheitsgefährdendem und krank machendem

Fluglärm gerade jetzt neue Dynamik erhält," so SCHUBERT. Die heute bekannt gegebene Subsidiaritätsrüge der Europakammer des Bundesrats zu den inakzeptablen Plänen der EU-Kommission spreche den Bürgerinitiativen aus dem Herzen. Die Kommission wolle sich doch tatsächlich ein bisher nicht vorhandenes Kontrollrecht über Nachtflugverbote aneignen, um diese zugunsten der Flughäfen und der Fluggesellschaften wieder zu kippen. "Gut, dass der Bundesrat hier einen Riegel vorschiebt." Ob der die Kommission aber wirklich bremst, hänge jetzt davon ab, welche anderen EU-Mitglieder mit Deutschland gleichziehen.

"Wir hatten ebenfalls an Bundesregierung und Bundesländer appelliert, der Kommission keine Kompetenzen für die Aufhebung von Betriebsbeschränkungen zu geben," stellt SCHUBERT Übereinstimmung fest. "Wenn die Europakammer des Bundesrats bekräftigt, dass über Betriebsbeschränkungen und Lärmschutz weiterhin allein von den Mitgliedstaaten anhand der örtlichen Gegebenheiten und der lokalen Auswirkungen zu entscheiden sei, heißt das für uns zuallererst: Die Gesundheit der Menschen hat absoluten Vorrang vor einer irgendwie herbeigeredeteten Wirtschaftlichkeit von Flughäfen, die gegen jede Vernunft in Ballungsgebiete hineingeplant oder dort auf Teufel komm raus nachts betrieben werden sollen."

Kleinmachnow, den 8.2.2012

V.i.S.d.P.:

Matthias Schubert, Tel.: 0151 40133961

Aktionsbündnis für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg
c/o wegmitflugrouten@Kleinmachnow.de